

AUSGEQUETSCHTE GEMEINDEN

Seit dem EU-Beitritt werden die finanziellen Mittel von Bund und Ländern für die Gemeinden ständig gekürzt. In der Zeit von 2008 bis 2010 sind die Finanzierungsmittel aller Gemeinden aus dem Bundesbudgetausgleich gravierend, um 10,5% abgestürzt, das sind ca. 150 Mill. Euro, die in unseren Gemeindehaushalten fehlen. Gleichzeitig wurden die Aufgaben der Gemeinden ständig erweitert.

Konsequenz: Die Gemeinden werden wie Zitronen ausgepresst. Der laufende Selbstfinanzierungsrahmen der Gemeinden für investive Zwecke sackt von plus 118 Mio. im Jahr 2000 auf minus 179 Mill. Euro im Jahr 2010 ab, was eine verheerende Auswirkung auf die Infrastruktur hat. Die Summe der Zweckzuschüsse und Finanzaufweisungen vom Bund an die Länder und Gemeinden zeigen das wahre Gesicht einer aus den Fugen geratenen Politik. Wurden 1997 österreichweit noch 3 Mrd. Euro an die Länder und Kommunen verteilt, so sind es 2010 nur mehr 0,73 Mrd. Euro, also 75% weniger gegenüber

dem, was noch vor 13 Jahren zur Verfügung stand. Hier kann nur noch von Kahlschlag und Arroganz gegenüber der öffentlichen Daseinsfürsorge gesprochen werden. Parallel dazu werden Gesetze so weit geändert, dass bisher unantastbare Rücklagen in verschiedenen gemeindeeigenen Betrieben, wie etwa Wasserversorgung, Kanalnetz usw. aufgelöst werden müssen, um damit die Budgetlöcher zu stopfen und geschönt darzustellen.

Haarsträubend entwickeln sich auch die Anteile der Länder und Gemeinden, die an die EU abgeliefert werden müssen. Von den Ertragsanteilen des Bundes an die Länder und Gemeinden wird ein länderweiter (somit auch gemeindefinanzierter) EU-Beitrag sofort in Abzug gebracht. Stieg der in Abzug gebrachte EU-Beitrag der Länder und Gemeinden von 299 Mill. Euro im Jahr 1995 auf 460 Mill. Euro im Jahr 2008, so wurde mitten im größten Finanzloch der österreichischen Gemeinden der EU-Beitrag um 10% auf 511 Mill. Euro im Jahr 2009 hinaufgeschmalzt.

KLEIN, ABER MIT BISS



Die Ex-Eishockey-Cracks Voves (jetzt Landeshauptmann) und Pildner-Steinburg (jetzt Industriellenchef) spielen heutzutage gegen die steirische Bevölkerung. Kann denen keiner eine Matchstrafe verpassen?



KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch (Bruck): „Voves und Schützenhöfer wollen reihenweise Bezirke und Gemeinden abschaffen, weil das die EU-Regionalreform so fordert. Dass die Arbeitsplätze tausender Steirer verlorengehen, bedenken sie dabei nicht.“

BEZIRKS- UND GEMEINDEZUSAMMENLEGUNG

Mehr die Abre

Auf die massiven Kürzungen im Sozialbereich durch Voves und Schützenhöfer folgt unter dem Titel „Verwaltungsreform“ eine Rationalisierungswelle bei öffentlichen Dienstleistungen. Bezirks- und Gemeindezusammenlegungen sind ein Abbau von Selbstverwaltung und Demokratie.

Noch scheut sich die Landesregierung, offen über ihre Abrisspläne bei der steirischen Kommunalverwaltung zu reden. Im schlimmsten Fall werden zwei Drittel der steirischen Gemeinden und zwei Drittel der Bezirkshauptmannschaften zugesperrt. Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) will so jährlich 45 Millionen Euro beim Betriebsaufwand bzw. der Verwaltung der Gemeinden und Bezirke „einsparen“. Die KPÖ wehrt sich gegen die Reduzierung der kommunalen Infrastruktur.

Folgeschäden

Dazu kommt, dass mit den Bezirksstrukturen, die es seit Maria Theresia gibt, Einrichtungen wie Krankenhäuser, Bezirksgerichte, Schulen, Wasserverbände und vieles mehr verknüpft sind. All das wird durch die sogenannte Verwaltungsreform gefährdet. Wo es keinen Bezirk mehr gibt, braucht es auch kein Bezirksgericht mehr.

Voves erwartet sich Vorschläge von den Bürgermeistern. Voves: „Wir stehen erst am Anfang des Dialogs.“

LAbg. Werner Murgg (KPÖ) erinnerte daran, dass in den letzten zehn, zwanzig Jahren in fast allen Gemeinden die Infrastruktur – neue Ortszentren, Gemeindeämter, Feuerwehnhäuser – ausgebaut wurde. Murgg: „Die angepeilten Einsparungen werden nur erzielt werden können, wenn diese Infrastruktur wieder heruntergefahren wird. Das wird für die Bevölkerung längere Wege und ein schlechteres Angebot bedeuten. Das sollte man der Wahrheit halber den Bürgerinnen und Bürgern mitteilen, Herr Landeshauptmann.“ Die KPÖ tritt für eine Kooperation von Gemeinden ein, spricht sich aber klar gegen Zwangszusammenlegungen aus.

Landtaganträge von KPÖ, Grünen und FPÖ, die sich gegen eine Zwangszusammenlegung und gegen Verschlechterungen der kommunalen Leistungen bzw. für eine breite Einbindung der Bevölkerung aussprechen – die KPÖ fordert zwingende Volksbefragungen – wurden von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Nur noch entschlossene Kampfmaßnahmen der Betroffenen können das Zusperrprogramm der Landesregierung vereiteln.

Die Landesregierung plant die Neugruppierung der Steiermark anhand der Interessen von Handelskonzernen und Industriebetrieben. Die Anliegen der Bevölkerung spielen für Rot-Schwarz keine Rolle mehr.